

ERFAHRUNG GESTALTET ZUKUNFT

Leitantrag der Fachgruppe Senioren 2021

Mit dem Eintritt in den wohlverdienten Ruhestand beginnt ein neuer Lebensabschnitt. Es eröffnen sich ungeahnte Gestaltungsmöglichkeiten, aber auch völlig neue Probleme. Wie gravierend die Veränderungen sind, erkennt man oftmals erst nach Jahren.

Die durchschnittliche Lebenserwartung in Deutschland ist in den vergangenen 50 Jahren um über zehn Jahre gestiegen. Damit nahm auch der Anteil der über 65-Jährigen an der Gesamtbevölkerung kontinuierlich zu und betrug Ende 2020 etwa 22 Prozent.

Die Menschen werden nicht nur älter, sondern sie sind dabei auch noch körperlich und geistig gesünder als je zuvor. Da ist es an der Zeit, dass die Gesellschaft die Erfahrung der Älteren wieder verstärkt zum Aufbau der Zukunft nutzt. Doch die Gesellschaft muss soziale, politische und wirtschaftliche Teilhabe auch zulassen und fördern. Der Staat muss eine Infrastruktur mit bezahlbarem Wohnraum, effektivem Personennahverkehr und ausreichend Kultureinrichtungen schaffen.

Diese Teilhabe wird nicht verschenkt, sondern man muss sie einfordern. Allein wird man dabei kaum Erfolg haben. Nur eine starke Organisation wie die GdP, die allein im Landesbezirk Bremen über 700 Seniorinnen und Senioren vereint, kann Wirkung erzielen. Doch dafür ist es wichtig, auch nach dem Eintritt in den Ruhestand noch Mitglied der GdP zu bleiben.

Wir, die Seniorinnen und Senioren, wollen viel stärker gegen die oftmals von Vorurteilen geprägten negativen Altersbilder vorgehen. Wir sind nicht gebrechlich, krank und einsam, sondern wir wollen und können die Gesellschaft

aktiv mitgestalten. Wir haben eine beachtenswerte politische und wirtschaftliche Stärke.

Wir, die Seniorengruppe der GdP Bremen, werden dies nutzen und die Interessen unserer Mitglieder zur Geltung bringen. Daher fordern wir eine eigenverantwortliche Öffentlichkeitsarbeit in Fragen der Senioren und Seniorinnen.

Durch einen regelmäßigen Informationsaustausch mit Vertretern des Senats, des Magistrats in Bremerhaven sowie der Fraktionen und Parteien sollen unsere Forderungen verdeutlicht werden.

In der GdP Bremen sind wir gut vertreten und haben selbst im geschäftsführenden Landesvorstand ein Stimmrecht. Doch die Interessen der Senioren und Seniorinnen müssen weiter gebündelt werden. Wir werden daher dafür eintreten, auch in allen Gremien des DGB ein Stimm- und Vertretungsrecht der Senioren und Seniorinnen zu erhalten.

Weitere Einschnitte in die Versorgung und Rente werden wir nicht hinnehmen. Die Altersvorsorge wird im Erwerbsleben geschaffen. Die eingeplanten Altersbezüge rückwirkend gesetzlich zu verschlechtern, ist eine Missachtung der erbrachten Arbeitsleistung. Die jahrelange Reduzierung der Versorgungsbezüge muss genauso rückgängig gemacht werden wie die erfolgten und geplanten Reduzierungen der Rente.

Gesundheitsbelastende und lebensverkürzende Faktoren im Beruf müssen bei den Altersgrenzen berücksichtigt werden. Bei einem vorzeitigen Ruhestand dürfen berufliche Belastungen nicht zu einer Kürzung der Versorgungs- oder Rentenbezüge führen.

Eine gute medizinische Versorgung und Pflege müssen sichergestellt werden und bezahlbar sein. Die Beihilferegelungen in Bremen sind teilweise verfassungswidrig niedrig und selbst das Bundesministerium für Gesundheit kommt zu der Einschätzung, dass „die Bremer Regelungen insgesamt betrachtet von dem Bestreben gekennzeichnet zu sein scheinen, die finanzielle Belastung des Dienstherrn durch die Beihilfe zu senken“.

Eine Diskriminierung älterer Menschen werden wir nicht hinnehmen. Wir stellen uns nicht nur gegen abwertende Äußerungen, sondern wir werden uns auch verstärkt für weitergehende Regeln, Vorschriften, Verordnungen und Gesetze gegen Altersdiskriminierung, insbesondere im Finanz- und Versicherungsweisen sowie zur Verbesserung der allgemeinen Lebensbedingungen einsetzen.

Bei Fahrten mit öffentlichen Verkehrsmitteln darf nicht nur jungen und berufstätigen Menschen ein finanzieller Vorteil eingeräumt werden, sondern auch ältere Menschen müssen von Rabatten profitieren.

Die COVID-19-Pandemie hat in den vergangenen beiden Jahren gezeigt, dass sehr kurzfristig neue Herausforderungen auf uns zukommen können. Die von Politik und Medien immer wieder benutzte Wortkombination „die Schwachen und Alten“ suggeriert zu Unrecht mangelnde Leistungsfähigkeit älterer Menschen und lässt damit auf der anderen Seite scheinbar höhere Eingriffe in die verfassungsmäßigen Rechte zu. Diese Pandemie hat gezeigt, dass wir uns stets auch an der aktuellen Entwicklung orientieren müssen. Dafür brauchen wir aktive Mitglieder in der Fachgruppe Senioren.

Stehen wir in den nächsten Jahren zusammen, um unsere Zukunft gemeinsam zu gestalten! ■

DP – Deutsche Polizei
Bremen**Geschäftsstelle**
Bgm.-Smidt-Straße 78, 28195 Bremen
Telefon (0421) 949585-0
Telefax (0421) 949585-9
www.gdp.de/bremen, bremen@gdp.de
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke**Redaktion**
Rüdiger Kloß (V.i.S.d.P.)
c/o Gewerkschaft der Polizei
Bgm.-Smidt-Straße 78,
28195 Bremen



Mitgliederversammlung

(Landesseniorenkonferenz)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, wir laden euch zur Mitgliederversammlung der Gewerkschaft der Polizei – Fachgruppe Senioren (Landesseniorenkonferenz) am Donnerstag, 23. September 2021, 10 Uhr, in das Hotel Robben „Grollander Krug“, Emslandstraße 30, 28259 Bremen, ein.

Tagesordnung (vorläufige):

- TOP 1** Begrüßung/Eröffnung
- TOP 2** Wahl des Versammlungsleiters/-in
- TOP 3** Feststellung der Beschlussfähigkeit/Beschlussfassung über die Tagesordnung
- TOP 4** Wahl der Zähl- und Mandatsprüfungskommission
- TOP 5** Gedenken verstorbener Kolleginnen und Kollegen
- TOP 6** Grußworte:
Lüder Fasche, Landesbezirksvorsitzender
Winfried Wahlig, Bundesseniorenvorsitzender n. n.
- TOP 7** Bericht des Fachgruppenvorsitzenden
- TOP 8** Aussprache zum TOP 7
- TOP 9** Entlastung des Fachgruppenvorstandes
- TOP 10** Neuwahl des Fachgruppenvorstandes
- TOP 11** Wahl der Kandidaten/-innen für den geschäftsführenden Landesvorstand
- TOP 12** Wahl des Mitgliedes und Stellvertreters/-in für den Landeskontrollausschuss
- TOP 13** Wahl der beiden Mitglieder für den Landesbeirat
- TOP 14** Wahl der drei Delegierten/-innen für die Bundesseniorenkonferenz
- TOP 15** Wahl der vorzuschlagenden Mitglieder für den LFA Beamten- und Besoldungsrecht
- TOP 15** Wahl der Delegierten/-innen für den Landesdelegiertentag
- TOP 16** Beratung von Anträgen
- TOP 17** Verschiedenes
- TOP 18** Schlusswort

Anträge sind bis zum 9. September 2021 beim Vorstand der FG Senioren einzureichen.

Zur besseren Planung bitten wir um Anmeldungen bis zum 16. September 2021 unter
Tel. (0421) 9495850 oder E-Mail: seniorengruppe@gdp-hb.de.

Der Fachgruppenvorstand



Mäurer: Die Polizei hat nicht mehr viele Freunde!

Lüder Fasche

Die bundesweite GdP-Aktion „100fuer100“ fordert Rückdeckung und Unterstützung für die Polizeien und Ordnungsbehörden ein, insbesondere in der Politik. Beim Senator für Inneres stand die Tür für die Gewerkschaft der Polizei (GdP) dazu erwartungsgemäß weit offen. Gerade vor dem Hintergrund der aktuellen Einsatzbelastungen. Der Senator sah auch unsere Probleme um den Rückhalt. „Die Polizei hat nicht mehr viele Freunde“, konstatierte er. Damit dürfte er allerdings mehr das politische Umfeld denn die Bürger:innen in Bremen und Bremerhaven gemeint haben.

Und auch unsere Forderungen blieben nicht draußen. Senator Mäurer sagte uns Unterstützung für die baldige Anhebung der Polizeizulage zu. Auch machte er deutlich, dass es weiterhin Hebungen im Bereich der Polizeien in Bremen geben wird, um das leidige Thema der strukturellen Unterdeckung wieder anzugehen, denn in Bremens Polizeien verdienen immer noch viele Beschäftigte weniger, als ihre Dienstpostenbewertung hergibt. Insgesamt gelte es, den öffentlichen Dienst attraktiver zu gestalten. Auch oder gerade in den Ordnungsbehörden, zum Beispiel durch Schaffung einer Fachkarriere. ■



Von links nach rechts: Landesvorsitzender Lüder Fasche, Axel Lohmann, Senator Ulrich Mäurer, Kim Kunze und Heinfried Keithahn



Monatstreffen der Fachgruppe Senioren

Bremen

Donnerstag, 9. September 2021, 15:30 Uhr,
Grollander Krug

Nach langem Ausfall werden die Treffen wieder durchgeführt. Wir freuen uns über eure Teilnahme.

Bremerhaven

Dienstag, 14. September 2021, 16:00 Uhr,
Ernst-Barlach-Haus

Vorstand FG Senioren



**KLARE WORTE FAND DER LANDESVORSITZENDE LÜDER FASCHE
IN EINEM VIEL BEACHTETEN INTERVIEW MIT DEM WESER-KURIER, VOM 2. AUGUST 2021.
DA HÄTTE ES DER REISSERISCHEN ÜBERSCHRIFT GAR NICHT BEDURFT.
ZUMAL DIESER SATZ SO IM INTERVIEW GAR NICHT GEFALLEN IST!**

„Die Linke gibt uns zum Abschluss frei“

Polizeigewerkschafter Lüder Fasche sagt im Interview, was viele seiner Kollegen im Alltag frustriert.

Lüder Fasche (57)

... ist seit März 2018 Landesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei (GdP) in Bremen. Er arbeitete in der Mordkommission, später in der Sachgebietsleitung für Sexualdelikte und dann in der für Kapitaldelikte. Er ist verheiratet und hat zwei Kinder.

Herr Fasche, wenn Sie als Polizist auf Bremen und Bremerhaven sehen: Was macht Ihnen aktuell am meisten Sorge?

LF: Ich schaue ja nie nur als Polizist, sondern auch als Gewerkschafter. Wir müssen feststellen, dass die Belastung für die Kolleginnen und Kollegen noch nie so groß war wie jetzt. Das ist nicht die übliche Gewerkschaftslitanei, denn es kommen verschiedene Faktoren zusammen. Denken Sie an die vielen Sonderlagen, ob das nun Querdenkerdemos sind oder eine Zweitligasaison, die uns ein Hochrisikospiele nach dem anderen bescheren wird. Die Eventgesellschaft hat noch einmal ein völlig neues Gesicht bekommen, siehe Osterdeich am Abend. Polizei und Ordnungsbehörden haben während Corona schon Außerordentliches geleistet und müssten jetzt mal Luft holen – stattdessen passiert genau das Gegenteil.

Also ist die Gesamtlage kritisch?

LF: Die größte Gefahr für die innere Sicherheit ist, dass die Kollegen und Kolleginnen irgendwann nicht mehr funktionieren können. Dabei wird die Polizeiarbeit immer schwieriger.

Wodurch?

LF: Weil sie immer kritischer beäugt wird. Es wird immer mehr dokumentiert und unvollständige Dokumente werden immer öfter missbraucht.

Sie meinen die Videoausschnitte auf Twitter, Facebook, Instagram?

LF: Ja, hinzu kommt in Bremen ein politisches Klima, das nicht besonders polizeifreundlich ist. Das sagt selbst der Innensenator. Das macht das Einschreiten so schwierig.

Haben Sie ein Beispiel?

LF: Den Vorfall am 30. Juni in einem Supermarkt in der Neustadt. Da hat ein schon mehrfach in Erscheinung getretener Mann die Kundschaft beleidigt, bedroht und belästigt. Gegenüber den einschreitenden Kollegen war er hochgradig unkooperativ, also haben die am Ende Zwangsmaßnahmen anwenden müssen. Allein der Umstand, dass der Mann dunkelhäutig war, hat offenbar dazu geführt, dass sogar ein Abgeordneter einer Bremer Regierungspartei die Maßnahmen gestört hat.

Passiert so etwas häufiger?

LF: Mir wird oft geschildert, dass sich sofort eine Traube um jeden noch so kleinen Einsatz bildet. Immer wird sofort unrechtmäßige Polizeigewalt unterstellt. Festgenommene rufen häufig „Ich bekomme keine Luft“. Die tragische Geschichte von George Floyd wird gegen uns instrumentalisiert.



Lüder Fasche

Regelmäßig werden Polizeireviere attackiert und Fahrzeuge demoliert, sogar abgefuckelt. Ist die Bremer Polizei nicht einmal in der Lage, sich selbst zu schützen?

LF: Das ist so und es ist auch ein Stückweit gewollt. Wir sind eine Bürgerpolizei, dafür stehen wir auch als GdP. Wir wollen keine Polizei hinter drei Meter hohen Mauern mit S-Draht und Videokameras an jeder Ecke. Wir wollen eine Polizei mitten in der Gesellschaft. Dann müssen wir auch damit umgehen, dass wir keine absolut wirksamen Sicherungsmaßnahmen haben. Das heißt aber nicht, dass wir nicht im technischen Sicherungsbereich erheblich besser werden können.

Wahrscheinlich ist jedes Autohaus besser gesichert als der Polizeifuhrpark.



INTERVIEW MIT LÜDER FASCHE, WESER-KURIER VOM 2. AUGUST 2021

LF: Wahrscheinlich. Aber das ist ja gar nicht das Grundproblem. Warum fühlen sich heute mehr Täter ermutigt, so etwas zu tun, als noch vor 20 Jahren? Weil die Polizei als schwach wahrgenommen wird – und Teile des politischen Spektrums in Bremen geben die Polizei auch zum Abschluss frei.

Wer genau macht das?

LF: Wenn Sie den Zwischenbericht der Linken zu ihrer Regierungstätigkeit lesen, steht da vor allem drin, was die Polizei auf ihr Betreiben hin alles nicht mehr darf. Als Regierungspartei sollte man vielleicht auch etwas zu Kriminalitätsbekämpfung und Gefahrenabwehr beitragen – das interessiert die aber überhaupt nicht.

Sie meinen, die Linke interessiert sich gar nicht für innere Sicherheit?

LF: Eine wirklich starke Polizei wünschen die sich nur im Kampf gegen rechts. Die Krux besteht aber darin, dass die Polizei nicht bloß dann effektiv sein kann, wenn man das will. Entweder man hat eine starke Polizei oder eben nicht. Wer uns dauernd schwächt, hindert uns damit auch im Kampf gegen rechts. Gerade die NSU, aber auch die Querdenkerdemos im Bundesgebiet zeigen ja, dass es auch dort ein großes Gewaltpotenzial gibt.

Wo konkret ist denn die Polizei in Bremen geschwächt worden?

LF: In erster Linie sind uns Möglichkeiten genommen worden. Im neuen Polizeigesetz haben wir statt digitaler Kompetenzen ein riesiges Datenschutzpaket bekommen mit ganz vielen Dokumentationspflichten. Das hält natürlich von der eigentlichen Aufgabe ab, Sicherheit zu erzeugen. Die sogenannten anlasslosen Kontrollen etwa waren ja nie anlasslos: Wenn sich rund um den Bahnhof Raub- und Diebstahlsdelikte häufen, die von jungen Männern begangen werden, kontrollierte man eben häufiger junge Männer, um die Szene zu verunsichern und einzudämmen. Das geht heute so nicht mehr.

Gibt es keine klaren Ansagen zum Ermessensspielraum?

LF: Ausgerechnet zum Beginn der Maskenpflicht in der Innenstadt gab es so eine Null-Toleranz-Ansage. Das wollten die Kollegen aber gar nicht, etwa mit einer Anzeige gegen die Seniorin vorgehen, die vergessen hat, die Maske aufzusetzen. Die möchten wir freundlich ansprechen. Das ist nämlich Polizeiarbeit, dass man Fingerspitzengefühl hat für den Einzelfall.

Oft hat man den Eindruck, dass Polizisten lieber im Schrittempo durch die Obernstraße fahren, als mal zwischen Bahnhof und Wall zu Fuß auf Streife zu gehen. Woran liegt das?

LF: Den Eindruck kann ich verstehen. Unabhängig davon, dass uns für Fußstreifen schlicht das Personal fehlt, wissen die Kollegen doch, dass sie bei einem Einschreiten gegen die Dealer immer schon mit einem Bein im Gerichtssaal stehen. Man kontrolliert die, und es wird einem sofort Racial Profiling vorgeworfen. Dabei sind es Bürger und Bürgerinnen selbst, die mir berichten, sie sähen dort täglich immer dieselben Dealer und beobachten deren arbeitsteiliges Vorgehen, geradezu im Schichtmodell.

Würden häufigere Kontrollen die Szene nicht wenigstens verunsichern, vielleicht sogar verdrängen?

LF: Die Beweisführung ist schwierig, die beschlagnahmte Menge in der Regel klein. Der Dealer ist doch nach zwei Stunden wieder da. Das Problem bekommen sie rein polizeilich nicht in den Griff, da braucht es eher konsequente Maßnahmen bei den Sozialleistungen oder im Rahmen des Ausländerrechts.

Wenn wir Personal, Ausstattung und Kompetenzen als die drei tragenden Säulen der Polizei nehmen – bei welcher fehlt es derzeit am meisten?

LF: Wir dürfen das gar nicht trennen. Wer keine digital gesteuerten Ermittlungen möchte, sagt damit doch: Ihr müsst konventionell ermitteln. Dann brauche ich aber ein Vielfaches an Personal. Wenn ich eine digitale Kennzeichenerfassung habe, macht das eine Maschine – ansonsten brauche ich Kollegen, die Fahr-

zeuge anhalten. So einfach ist das. Man gibt uns aber weder das eine noch das andere. Dann sind wir eben nur noch eingeschränkt funktionsfähig.

Was bedeutet das?

LF: Was ist denn das für eine Polizei, bei der selbst Sexualdelikte auf Halde liegen? Wo 13.000 Vorgänge unbearbeitet sind – wünscht sich das der Bürger? Wünscht sich das auch jeder Wähler der Linken? Dass seine Anzeige zwei bis drei Jahre lang unbearbeitet bleibt? In dieser Lage befinden wir uns aber. Und das sind nur Beispiele.

Dabei wirkt die Kriminalstatistik gar nicht so dramatisch.

LF: Ich warne davor, daran den Begriff der inneren Sicherheit an der PKS zu messen. Wenn ich z. B. einige Beschäftigte daransetze, alle liegen gebliebenen Vorgänge wegen Beförderungerschleichung – also Schwarzfahrens – zu bearbeiten, dann haben wir in der nächsten Statistik viel mehr aufgeklärte Straftaten. Denn Schwarzfahren ist immer eine Straftat mit Tatverdächtigen, und wenn ein Tatverdächtiger eingetragen ist, gilt das als aufgeklärte Straftat. So einfach ist das. Dabei sollte entscheidend bei Straftaten sein, ob Tatverdächtige verurteilt werden – aber dafür gibt es keine verlässliche Statistik.

Was also wünschen sich die Polizisten von der Politik, um für ein sicheres Bremen sorgen zu können?

LF: Die Arbeitsbedingungen müssen so sein, dass das zu geringe Personal wenigstens bleibt und nicht, wie zuletzt immer häufiger, kündigt. Dass es gut ausgestattet ist. Bei Sonderlagen wie Risikospielen muss Unterstützung durch auswärtige Kräfte gewährleistet sein. Es gibt Kollegen, die haben von zehn Wochenenden mit Glück zwei frei. Darunter leidet der externe Freundeskreis, Mannschaftssport wird unmöglich. Was passiert? Polizisten verkehren nur noch mit Polizisten. Damit züchtet Politik genau den falschen Korpsgeist, den sie selbst gar nicht will.

Das Gespräch führte Joerg Helge Wagner



Was machen eigentlich ... Juristische Ermittler?

Stephanie Priewe

GdP: Bei der Kriminalpolizei Bremen sind im Frühjahr letzten Jahres acht Juristische Ermittler (JE) eingestellt worden. Was genau muss man sich unter einem Juristischen Ermittler oder Ermittlerin genau vorstellen?

JE: Soll ich ehrlich sein?

GdP: Bei der Polizei, da wäre das hilfreich ...

JE: ... Als man mir in meinem Vorstellungsgespräch diese Frage gestellt hat, musste ich passen. Ich hatte ganz ehrlich keine Ahnung, was ich mir darunter vorstellen sollte.

GdP: Nun, dann stellt sich doch die Frage, warum sich ein Volljurist auf diese Stelle bei der Polizei beworben hat?

JE: Auf jeden Fall war ich als Volljurist auch „voll neugierig“, was ja schon mal eine gute Einstiegsvoraussetzung ist. Hinzu kommt, dass man von Juristen nicht erwarten soll, dass alle Rechtsanwälte, Staatsanwälte oder Richter werden wollen. Wir Juristen sind keine homogene Gruppe und studieren aus den unterschiedlichsten Gründen Jura. Jura ist eines der wenigen „Studium Generale“, bei dem man im Grunde nicht wirklich auf einen bestimmten Beruf festgelegt ist. Der halbe Bundestag und die halbe Wirtschaft sind voll mit Juristen, die im Wesentlichen nicht mehr juristisch arbeiten. Auch unter Journalisten findet man viele Juristen. Ich war natürlich nicht dabei, als man sich überlegt hat, bei der Kripo Stellen für Juristen auszu-schreiben. Aber ich könnte mir vorstellen, dass man gerade diese Juristen, die nicht mit dem Berufsziel Richter oder Rechtsanwalt Jura studiert haben, ansprechen wollte.

GdP: Aber was macht ihr denn bei der Kripo?

JE: Das Gleiche, was auch alle anderen Ermittler bei der Kripo machen. Ich bin im Dezernat für Wirtschaftskriminalität tätig. Ich bearbeite eigene Fälle und Akten, bin bei Durchsuchungen mit dabei, mache also die ganz normale Sachbearbeitung. Andere Juristische Ermittler sind aber auch im Morddezernat tätig oder beim Staatsschutz. Bei der Frage, wo wir eingesetzt werden, wurden wir nach unseren Interessen befragt und, soweit möglich, auch entsprechend zugewiesen, sofern auch eine entsprechende Stelle in einem Dezernat frei war.

GdP: Gab oder gibt es auch Probleme?

JE: Wo gibt es die nicht? Aber ich denke, im Großen und Ganzen läuft es besser, als alle Kritiker im Vorfeld befürchtet hatten.

GdP: Wie haben denn erfahrene Kollegen auf eure Einstellung reagiert? Gab es Vorbehalte?

JE: Auch hier kann ich nur davon berichten, was ich von anderen gehört habe. Ich denke, eine zentrale Frage war, ob wir bei der Polizei „reinpassen“. Wir haben bisher keinerlei Erfahrung auf der Straße gesammelt. Auch haben wir Juristen uns einen gewissen Ruf erarbeitet, der nicht immer nur positiv ist. Aber es gab auch wohl Stimmen, die sich nicht nur gefragt haben, ob die Polizei mit uns glücklich wird, sondern auch andere, die sich fragten, ob wir als Volljuristen mit der Polizei glücklich werden. Auch die Bezahlung ist an dieser Stelle immer ein Punkt.

GdP: Und?

JE: Wieder kann ich nur für mich sprechen. Damit die Work-Life-Balance für mich stimmt, muss mir meine Arbeit Spaß machen. Und das ist bei mir der Fall. Wirtschaftskriminalität ist ohnehin eine besondere Abteilung. Hier arbeiten nicht nur „echte Polizisten“, sondern auch einige

Quereinsteiger, die einen wirtschaftswissenschaftlichen oder Bankenhintergrund haben.

GdP: Seid ihr denn quasi „auf die Straße geschubst“ worden?

JE: Unsere Einarbeitung sah so aus, dass wir eine Schulung für die EDV-Systeme der Polizei bekamen und dann ein halbes Jahr in verschiedene Dezernate eingeteilt wurden, wo uns dann die Kollegen gezeigt haben, was unsere Aufgaben sind. Hier wurden wir gezielt auf die Dezernate verteilt, die Bedarf an Juristischen Ermittlern angemeldet haben und wozu auch unsere Interessen grob passten, die wir in unserem Vorstellungsgespräch als Richtung geäußert hatten. Alle Kollegen, die ich kennengelernt habe, waren großartig. Selbst diejenigen, die sich einen Juristen als Ermittler zunächst nicht so recht vorstellen konnten, waren unglaublich kollegial und unterstützend. Aber bei WiKri haben die Kolleginnen und Kollegen schon viel Erfahrung damit, neue Sachbearbeiter einzuarbeiten, die keinen Polizeihintergrund haben. Die Mischung zwischen Erfahrungen und neu, etwas jünger und etwas älter, männlich und weiblich sind sicherlich neben der enormen Kollegialität Gründe, dass bei uns eine gute Stimmung herrscht.

GdP: Also bist du wunschlos glücklich?

JE: Ein Jurist, der nicht klagen kann, ist niemals glücklich. Etwas, was mich in meiner täglichen Arbeit doch erheblich einschränkt, ist, dass wir derzeit keine Beschuldigten vernehmen dürfen. Beschuldigte dürfen nach der StPO nur von „Beamten des Polizeidienstes“ belehrt und vernommen werden. Wir sind zwar verbeamtet worden, aber die StPO hatte bisher immer Polizeivollzugsbeamte im Blick, wenn es um Beschuldigtenvernehmungen ging. Ob wir Juristischen Ermittler auch als „Beamte des Polizeidienstes“ angesehen werden können,



ist gerade in Klärung. Bis dahin muss immer einer meiner Kollegen meine Beschuldigtenvernehmungen begleiten und offiziell führen. Das behindert uns alle in unserer Arbeit. Zum Glück sind die Kollegen sehr verständnisvoll und hilfsbereit und unterstützen, wo es geht. Wie ich schon sagte: WiKri ist eine großartige Abteilung mit sehr viel Teamgeist und sehr viel Spaß bei der Arbeit.

GdP: Glaubst du, dass dieses Konzept des Juristischen Ermittlers Zukunftsaussichten hat?

JE: Unbedingt. Und zwar für beide Seiten, für die Polizei und für Juristen. Die Polizei hat, genau wie auch die Wirtschaft in Deutschland, ein Problem mit Personalmangel. Um die Lücken, die durch das Ausscheiden der geburtenstarken Jahrgänge gerissen werden, schließen zu können, wird man bei der Kripo von dem Ideal des aus den eigenen Reihen rekrutierten Ermittlers Abschied nehmen müssen.

Und die Rückmeldungen, die wir Juristen für unsere Arbeit bekommen, sind positiv. Und für alle Juristen, die nicht nur am Schreibtisch sitzen möchten oder denen die rein juristische Tätigkeit zu trocken erscheint, kann die Polizei eine echte Alternative sein.

GdP: Also sind Juristen die Lösung für alle Personalprobleme?

JE: Nein, das ganz sicher nicht. Zum einen könnten auch andere Disziplinen, wie z. B. Bilanzbuchhalter oder Steuerberater, in komplexen Verfahren gut unterstützen und sind mit ihrer eigenen Erfahrung sicherlich eine Bereicherung. Gleiches gilt für Kollegen mit Erfahrung in IT-Systemen und Know-how in der Massendatenverarbeitung.

Ein weiterer Punkt ist, dass wir Juristen keine Waffenträger und damit im Ernstfall nicht zur Eigensicherung in der Lage sind. Wir sind damit nicht universell einsetzbar und können einen Polizeivollzugsbeamten

nicht ersetzen. Und es werden sich auch nicht in großem Umfang Juristen finden, die gerne zur Polizei als Ermittler kommen wollen. Wer Jura studiert hat, um viel Geld zu verdienen, für den kommt die Ermittlertätigkeit nicht infrage, denn in der freien Wirtschaft ist die Vergütung meistens besser. Und um Volljurist zu werden, muss man mehrere Jahre am Schreibtisch verbringen, lesen, lernen und regelmäßig Prüfungen ablegen, gekrönt von zwei Staatsexamen. Wer mehrere Jahre so zubringt, ist in aller Regel nicht derjenige, der dann sagt, dass ihm Paragrafen zu langweilig sind und er aus diesem Grund zur Kripo möchte, um mehr Spannung im Leben zu haben. Aber der Juristische Ermittler kann eine gute Ergänzung des Polizeiteams sein und eine Alternative für all diejenigen Juristen, die nicht in das „übliche Raster“ eines Juristen passen. Insofern denke ich, dass es sich lohnt, auch in der Öffentlichkeit Werbung für dieses Konzept zu machen, um junge Juristen direkt an der Uni zu rekrutieren. ■

Die Gewerkschaft der Polizei Bremen (GdP) begrüßt ihren neuen Geschäftsführer der GdP-Service GmbH, Frank Revermann, mit einem herzlichen Willkommen!

Liebe GdPler,

gerne möchte ich mich euch in der heutigen Ausgabe vorstellen.

Im Mai dieses Jahres trat der Landesvorsitzende der GdP mit der Frage an mich heran, ob ich mir die Arbeit als Geschäftsführer der GdP-Service GmbH vorstellen könnte.

Seit 39 Jahren arbeite ich als Polizeibeamter für das Land Bremen. Seit zehn Jahren bin ich im Kommissariat für Arbeitsmarkt- und Migrationsdelikte tätig.

Bereits vor 15 Jahren habe ich einen Teil meiner Tätigkeit der Öffentlichkeitsarbeit der Polizei Bremen gewidmet. Gerne möchte ich in der Funktion als Geschäftsführer der GdP-Service GmbH wieder an diese Arbeit anknüpfen.

Es hat sich schon damals gezeigt, dass es ein hohes Maß an Kooperationsinteresse

seitens vieler Unternehmen gibt. So lassen sich interessante Angebote für unsere Mitglieder erstellen.

Die GdP möchte gemeinsam mit der GdP-Service GmbH ein umfassendes Leistungspaket für ihre Mitglieder. So ist es mir ein Anliegen, die Angebote, insbesondere für Berufsanfänger und junge Kollegen, attraktiv zu gestalten.

Als Vater von drei erwachsenen, im Studium befindlichen Kindern ist mir besonders bewusst, wie wichtig gerade in der heutigen schnelllebigen und aufwühlenden Zeit der Halt in einer starken Berufsgemeinschaft ist.

Ich freue mich auf einen innovativen Austausch und verbleibe mit herzlichen Grüßen

Euer Frank Revermann



Foto: GdP Bremen

Frank Revermann

Exklusivreise 14.10. – 17.10.2021

4 Tage

€ 666,-

Pupp. Grandhotel Pupp.

Willkommen in Karlsbad und im legendären Luxushotel aus

Casino Royale



IM REISEPREIS ENTHALTEN
SIND FOLGENDE LEISTUNGEN:

- > Gesamte Busreise gemäß Programm
- > 3 x Übernachtung in DZ im Grandhotel Pupp (*****)Luxusklasse
- > 3 x Frühstücksbuffet
- > 2 Std. Stadtführung durch das mondäne Karlsbad
- > Vesper-Cocktail
- > Private Filmvorführung „Casino Royale“ in der Lounge des Hotels
- > 2 x Abendessen im Grand-Restaurant (3-Gang-Menue) inkl. 1 Getränk (Bier/Wein/Softdrink)
- > 1 x 007-Abendessen im Grand-Restaurant (Wein, Bier, Softdrinks inklusive)
- > City-Tax
- > Stadtführung und Rundfahrt nach Loket mit dem Gästeführer
- > Eintritt und Besichtigung der Burg Loket
- > Audio-Guide-System

STORNIERUNG (Sondervereinbarung):

Es gelten bei der Stornierung Sondervereinbarungen für Gruppen. Eine Stornierung der Reise ist bis 10 Wochen vor Anreise kostenfrei möglich. Danach werden Teilstornierungen mit 30 % des Arrangementpreises berechnet. Danach werden Teilstornierungen bis 7 Wochen vor Anreise mit 50 % des Arrangementpreises berechnet. Danach werden Teilstornierungen bis 20 Tagen vor Anreise mit 75 % des Reisepreises berechnet. Ab 5 Tage vor Anreise wird bei einer Stornierung der gesamte Reisepreis erhoben.

CORONA-REGELUNG:

Im Falle einer Reisewarnung zur Einreise durch das Auswärtige Amt und dem Ausfall der Reise wird der gesamte Reisepreis erstattet.

REISERÜCKTRITTKOSTENVERSICHERUNG:

Wir empfehlen Ihnen einen Abschluss einer Reiserücktrittsversicherung, bzw. in Kombination mit einer Reise-Krankenversicherung. Formulare erhalten Sie bei Bustouristik Revermann.

CORONA-ZUSATZSCHUTZ:

Unterlagen und Auskunft zur Corona-Zusatzschutzversicherung, die Sie zusätzlich zur Reiserücktrittsversicherung z. B. auch bei Quarantäne absichert, erhalten Sie bei Bustouristik Revermann.

Preis p.P. im Doppelzimmer

666,- €

Einzelzimmerzuschlag

159,- €

